

setzt werden. Ein gutes Gesetz braucht also notwendigerweise einen angemessenen zeitlichen Vorlauf.

Folgendermaßen wird die GEW nun vorgehen:

Wir versuchen, auf den Gesetzgebungsprozess und damit auf die Bürgerschaftsparteien größtmöglichen Einfluss zu nehmen, damit die gerechte Bezahlung möglichst schnell und nicht in kleinen Trippelschritten umgesetzt wird.

Wir prüfen, wie die Tarifbeschäftigten gleichberechtigt mit einbezogen werden können.

Rund um den Gesetzgebungsprozess werden wir die Betroffenen zu einem Termin einladen, um gemeinsam zu erörtern, wie wir mit den Rechtsverfahren weiter machen.

Für Fragen kann man sich immer gern an die GEW Geschäftsstelle wenden. Allerdings

bitten wir um Verständnis, dass wir zum aktuellen Zeitpunkt noch keine Auskünfte über die konkrete Ausgestaltung der Anhebung der Besoldung machen können. Dazu liegen derzeit keinerlei Informationen vor.

Noch einmal zurück zu den „Schulfrieden-Gespräche“. Besonders ärgerlich ist es, dass sich die CDU die Verbesserung der Bezahlung der Grund- und Mittelstufenkräfte auf die Fahnen schreiben will. Dazu haben wir für die Presse formuliert: „Die „Schulfrieden-Gespräche“ von SPD, Grünen, CDU und FDP sind abgeschlossen. Dabei wird vor allem der CDU der Verzicht auf die Forderung nach Rückkehr zu G9 an Gymnasien im Wahlkampf abgekauft. Besonders die CDU schmückt sich in den Gesprächen geschichtsvergessen mit fremden Federn, wenn sie fordert, Grund- und Mittelstufenlehrkräfte sollten

zukünftig auch mit A13 wie die anderen Lehrkräfte gleich und gerecht besoldet werden.“ (Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW Hamburg). Und weiter: „Die CDU hatte die schlechtere Bezahlung nach A12 und damit auch geringere Wertschätzung für die Grund- und Mittelstufenlehrkräfte als Regierungspartei eingeführt! Der Kampf um die gleiche Bezahlung wird seit Jahren von der GEW geführt. Wir begrüßen natürlich die jetzt getroffene Vereinbarung über die gleiche Besoldung aller Lehrkräfte nach A13 Z. Sie müsste aus unserer Sicht allerdings früher und schneller umgesetzt werden, sonst werden ältere Lehrkräfte weiter benachteiligt.“

ANJA BENSINGER-STOLZE
Vorsitzende

SCHULFRIEDEN 1

Kuhhandel

Um die CDU davon abzubringen, mit der Forderung nach Wiedereinführung des G9 am Gymnasium Wahlkampf zu machen, musste die rot-grüne Regierung Zugeständnisse machen

War das nun schlau, was die Rathausparteien außer Der Linken da ausbaldowert haben? Waren das eigentliche echte Zugeständnisse, die die rot-grünen Koalitionäre vor allem der CDU gemacht haben? Eigentlich möchte doch der überwiegende Teil der CDU-Wähler innen-schaft die Rückkehr zu G9 am Gymnasium. Das hatte doch der Fraktionsvorsitzende André Trepoll noch mit viel Verve in der Bürgerschaft wenige Wochen vor den hinter verschlossenen Türen stattfindenden Verhandlungen hierzu öffentlichkeitswirksam demonstriert (man erinnere sich: In einer Bürgerschaftsrede hielt

er ein Schild mit der Aufschrift 76 Prozent den Abgeordneten entgegen). Getragen war das Ganze nicht zuletzt von dem Wahlerfolg der CDU in Schleswig-Holstein, die ihren Sieg – so die Meinung vieler politischer Kommentator_innen – dieser Forderung verdankte. Und die Hamburger CDU steht unter Druck. Mit 15,9 Prozent der Wähler_innenstimmen bei der letzten Bürgerschaftswahl steht sie mit dem Rücken zur Wand. Hinzu kommt, dass ihr die AfD im Nacken sitzt. Insofern wundert es schon, dass – abgesichert durch eine Art Mitgliederabschluss – die Konservativen auf

diese Forderung verzichtet haben.

Zu erklären ist dies zum einen durch das Geschick des Spitzenkandidaten für die im Februar anstehende Bürgerschaftswahl, Marcus Weinberg, ein ehemaliger Lehrerkollege von einer Förderschule in einem sozialen Brennpunkt und damit ausgemachter Kenner der ganzen Gemengelage. Darüber hinaus genießt er als Person hohes Ansehen, nicht zuletzt, weil er in der jetzigen Legislaturperiode als Bundestagsabgeordneter wohl nach Meinung vieler seiner Parteikolleg_innen einen guten Job gemacht hat. Letztlich angetrie-

ben wurde die Debatte allerdings von dem ehemaligen Staatsrat Reinhard Behrens unter der von Beust/Schill/Lange-Regierung, aus der Angst heraus, das Gymnasium könnte dann durch einen weiteren Zulauf seinen Charakter als Elite-Bildungseinrichtung weiter einbüßen. Spiegelbildlich wäre dann die Stadtteilschule noch mehr dem ausgesetzt, was man wenig menschenfreundlich als „Restschule“ ansehen müsste. Dass damit der Trepoll-Flügel düpiert wurde, nahm man hin, da andernfalls das vermeintlich stabile Gebäude der zwei Säulen ernsthaft gefährdet gewesen wäre, so die nicht unberechtigte Befürchtung.

Insofern ist die Zustimmung zum so genannten Schulfrieden eine höchst strategische Angelegenheit, um das gegliederte Schulsystem insgesamt erhalten zu können. Es lässt allerdings Zweifel aufkommen, ob dies erfolgreich sein wird. Zum einen, weil die bildungsbewussten Eltern auf Dauer nicht mehr mitspielen könnten, weil sie es satt haben oder einfach müde sind, den täglichen Druck, der auf vielen ihrer Kinder lastet, auszuhalten und zum anderen, weil sie sehen, dass es in vielen Bundesländern – selbst sozialdemokratisch regierten – längst eine Rückkehr zu G9 gegeben

hat. Hat man also da – und dies gilt für alle an diesem Deal beteiligten Parteien – die Rechnung ohne den Wirt gemacht?

Vor allem, wenn man sich die Verhandlungsergebnisse konkret ansieht, passt da eins nicht aufs andere. Zum Beispiel soll die Zahl der Fächer, die verpflichtend ins Abitur eingebracht werden müssen, erhöht (!) werden (40 statt bisher 32 bis 36). „Habt ihr sie nicht mehr alle“, fragt man sich, wenn man andererseits von Bulimie-Lernen hört.

In Bezug auf die Frage, wie zukünftig mit der inneren Differenzierung umzugehen ist, hat dann wohl doch pädagogische Vernunft vor populistischer Anbiederung gesiegt. Jede/r, die oder der sich intensiver mit dieser Frage beschäftigt, weiß, dass eine Aufkündigung dieser Option das Aus eines jeden reformpädagogischen Ansatzes bedeutet hätte und darüber hinaus die Umsetzung der Inklusion in ihrem Kern getroffen worden wäre. So dürfen die Schulen weiterhin qua Schulkonferenzbeschluss selbst entscheiden, wie sie damit umgehen.

Alle anderen Vereinbarungen, wenn man sie ins Verhältnis setzt zu den grundsätzlich zu bewältigenden Problemen, sind eher marginal zu nennen. Ein_e Schüler_in weniger in den 5./6. Klas-

sen, okay, gar Doppelbesetzung hier und da, wenn die Raumsituation dazu zwingt, Unterrichtsausfall soll vermieden werden, indem man Klassen- und Projektreisen mehr bündelt, Verwaltungs- statt pädagogisches Personal für administrative Aufgaben, der FDP-Dauerbrenner „Sitzenbleiben“ ist wieder möglich, wenn Fordern und Fördern nichts gebracht hat und schließlich sollen kompetenzorientierte Bildungspläne zunächst in Mathematik, Deutsch und Englisch um Kerncurricula ergänzt werden, um ein besseres Grundwissen zu erreichen. Summa summarum alles Veränderungen, die keinem etwas Besonderes aberlangen. Was auffällt: eine klare Aussage zur einheitlichen Lehrer_innenausbildung fehlt! War dies eine zu heiße Kartoffel?

Ach ja, fast hätte ich es vergessen: In diesem Paket steckt auch die Absichtserklärung, Grund- und Mittelstufenlehrer_innen ab 2023 die gleiche Besoldungs- bzw. Gehaltsstufe zuzubilligen, wie sie alle übrigen Lehrkräfte in der Eingangsstufe erhalten (s. unser Titelthema). Das hat natürlich im Gegensatz zu den eben als Marginalien charakterisierten Ergebnissen tatsächlich grundlegendere Bedeutung. Und das ist unser Erfolg! Hätten wir nicht diese nachhaltige Kampagne geführt, wäre dies kein Thema gewesen. Dass man sich dabei bei den beteiligten Entscheidungsträgern von der GEW insbesondere bis zu den im Februar nächsten Jahres anstehenden Bürgerschaftswahlen Wohlwollen erhofft, ist verständlich. Wir sollten uns aber nicht einlullen lassen, denn zunächst handelt es sich um eine Absichtserklärung. Dies bedeutet, dass wir weiterhin Druck machen müssen, damit wir am Ende keine Überraschung erleben, die vielleicht mit den geschichtsträchtigen Worten eingeleitet werden könnte: „Niemand hat die Absicht...!“

JOACHIM GEFFERS



Wir lärmen weiter, wenn aus Absicht keine Taten werden!